

den Wirtschaft zu leben, durch die welche Wirtschaft des Reichs-Wirtschaftlichen noch einhundert vor der Hand bereitgestellt worden. Aber unsere Brüder und Schwestern da draußen außerhalb der uns von neuem aufgebundenen Kampfzone werden noch mehr und mehr hungern müssen, werden noch mehr, wie schon jetzt das weitere Verbleiben der deutschen Industrie, der deutschen Arbeit zu beklagen haben.

Der gesamte Ruhrbezirk steht in Erwartung des fernblühenden Ueberalles, nur ausgerüstet mit bravem deutschen Sinn, nicht mit Waffen, die man ihm teils weggenommen, die er andererseits selbst in einer Verblendung weggegeben. An dieser harten Tatsache kommen wir nicht vorbei, sie muß ausgesprochen werden in dieser ersten Stunde. Essen hat kurz vor der Besetzung ein würdevolles Bild einer einmütig geschlossenen, — zu allem bereit, auf alles gefaßt — nationalen Schicksalsgemeinschaft. Keine Parteien gab es mehr, wohl aber das alle umschließende Band des Deutschbekenntnisses: „Deutschland, Deutschland über alles.“ An diesem festem, unerschütterlichen Sinn des Deutschbekenntnisses, des deutschen Willens gegenüber dem bitter Not leidenden Vaterlande wird und muß schließlich hier im Herzen der deutschen Arbeit, im Herzen der deutschen Art gallischer Uebermut zu schanden gehen. Wir haben die berechtigten Hoffnung zu unserer Bevölkerung, in allen ihren Parteischattungen, in allen ihren Schichten, daß sie auch in diesem fremden Gewaltföhrer das erste Gesicht der deutschen Wälsche, das erste Wollen des Deutschen und Deutschseins um jeden Preis zeigen wird. Ernste, trübe Tage stehen uns bevor. Wir müssen Hinhin für uns, für unsere deutschen Brüder. Wohlauf denn zu geschlossenem, gemeinsamem deutschem Tun.

Der Wortlaut der franz. Note.

Am 11. Jan. Der französische Vorkämpfer und der belgische Geschäftsträger übergaben dem Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten Notizen, deren Wortlaut in folgendem wiedergegeben ist:

Der Grund der von der Reparationskommission festgestellten von Deutschland begehenden Minderungen in der Ausführung des Programms der Reparationskommission hinsichtlich der Lieferung von Holz und Kohlen an Frankreich und gemäß den Bestimmungen von § 17 und 18 der Anlage 2 zu Teil 3 des Vertrages von Versailles hat die französische Regierung beschlossen, eine ausgenutzte und mit den erforderlichen Vollmachten zur Beaufsichtigung der Erfüllung des Kohlenkontingents versehenen Kontrollkommission ins Ruhrgebiet zu entsenden, um alle die von ihrem Vorhaben an dieses Schicksal oder an die deutschen Behörden erteilten Befehle und die strikte Anwendung des von der Reparationskommission festgestellten Programms sicherzustellen und alle für die Befriedigung der Reparationen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Die Vollmachten dieser Kommission werden durch die beiliegenden Urkunden bestimmt.

Die deutsche Regierung wird gebeten, dieselben den berechtigten Behörden zur Kenntnis zu bringen und sie mit den erforderlichen Weisungen zur genauen Befolgung der darin enthaltenen Vorschriften zu versehen. Die italienische Regierung hat gleichfalls beschlossen, die italienischen Ingenieure an dieser Mission teilnehmen zu lassen. Die französische Regierung legt Wert darauf, zu erklären, daß sie gegenwärtig nicht daran denkt, zu einer militärischen Operation oder zu einer Befriedigung politischer Art zu greifen. Sie entsendet ins Ruhrgebiet eine Mission von Ingenieuren und Beamten, deren Zweck deutsch umschrieben ist. Sie muß dafür sorgen, daß Deutschland die im Vertrag von Versailles enthaltenen Verpflichtungen erfüllt.

Sie läßt ins Ruhrgebiet nur die zum Schutz der Mission und zur Sicherstellung der Ausführung ihres Auftrages erforderlichen Truppen einrücken. Keine Störung, keine Veränderung im normalen Leben der Bevölkerung wird also erfolgen. Sie kann in Ruhe und Ordnung weiter arbeiten. Die deutsche Regierung hat das größte Interesse an der Erleichterung der Arbeit der Mission und an der Unterbringung der zu ihrem Schutz bestimmten Truppen. Die französische Regierung rechnet auf den guten Willen der deutschen Regierung und aller Behörden, welcher Art sie auch seien. Sollten die Maßnahmen der Mission der Mission und die Unterbringung der sie begleitenden Truppen durch irgend einen Mangel behindert oder in Frage gestellt werden und sollten die britischen Behörden durch ihre Tätigkeit oder durch ihre Untätigkeit irgendwelche Verletzung im materiellen Leben und in der Wirtschaft des Gebietes herbeiführen, so würden alle für erforderlich erachteten Zwangs- oder Strafmaßnahmen unverzüglich ergreifen werden.

Befugnisse der Kontrollkommission

Auf Grund der von der Reparationskommission festgestellten Minderungen Deutschlands hinsichtlich der Lieferung von Holz und Kohlen, die gemäß dem Programm der genannten Kommission fällig waren, für die Zukunft die strikte Ausführung der auf die Reparationen bezüglichen Bestimmungen des Vertrages von Versailles sicherzustellen, wird mit dem heutigen Tage eine aus Ingenieuren und Beamten zusammengesetzte Kontrollkommission für die Bergwerke und Fabriken der besetzten Gebiete geschaffen. Die Ingenieure und Beamten dieser Mission sollen bevollmächtigt sein, von den Verwaltungsorganen, Handelskammern, Arbeitsgeber- und Arbeitnehmerverbänden, Industriellen, Kaufleuten usw. alle statistischen und sonstigen Auskünfte einzufordern, deren Einhaltung sie für nützlich halten. Sie sind berechtigt, die besetzten Gebiete ihrer ganzen Ausdehnung nach zu bereisen, haben Zutritt zu allen Häusern, Fabriken, Bahnhöfen und können dort alle Dokumente, Rechnungen und Statistiken einsehen. Das Verhalten der deutschen Verwaltung sowie die Vertreter der Industrie- und Handelsverbände haben sich unter Androhung schwerer Strafen für den Weigerungsfall den Mitglidern der Kontrollkommission bei Ausführung ihres Dienstes vollständig zu unterwerfen.

Reichsminister Dr. Cuno zum Ruhereinfall

Die Reparationsleistungen den vertragsbrüchigen Ländern gegenüber eingestellt.

Im Auswärtigen Amt des Reichstages befragte Reichsminister Dr. Cuno über die politische Lage.

Der Reichsminister gab dann einen kurzen Rückblick über das, was die Regierung seit ihrem Amtsantritt unternommen habe. Aufbauend auf der Novembernote sei sie bestrebt gewesen, sich aktiv an der Lösung des Reparationsproblems zu beteiligen. Dieser Weg sei gegangen worden, weil es sich um Deutschlands Schicksal handele, das von der anderen Seite entschieden werden sollte und zugleich, weil die Regierung glaube, daß das Problem nur bei gegenseitiger offener Auslegung lösbar sei. Darum sei versucht worden, obwohl Deutschland nicht eingeladen war, auf den Konferenzen

in London und Paris Vorstöße zu unterbreiten. Diese hätten sich innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands gehalten, weil ihm danach der Vertrag von Versailles ein Recht gebe. Alles sei geschehen, um zu einer offenen Aussprache mit Frankreich zu kommen. Wir hätten Herrn Poincaré wiederholt bitten lassen, daß wir zu unmittelbaren Verhandlungen, insbesondere auf dem Gebiete der Industrie, die Hand bieten. Poincaré habe diese Verhandlungen nicht zugelassen. Daneben hätten wir uns zugleich an die Konferenzen in London und Paris gehalten. Die Londoner Konferenz sei eine Art Vorübung gewesen, obgleich man sich klar gewesen sei, daß eine endgültige Lösung nur eine wirkliche Lösung der Reparationsfrage darstellen werde. Ferner sei die Regierung sich klar gewesen, daß die Londoner Beschlüsse dahin ergänzt werden müssen, daß insbesondere

die deutsche Wirtschaft, die Industrie, Handel, Banken und Landwirtschaft,

die vom Ausland immer noch als Träger des deutschen Reichs angesehen würden, die Vorstöße in ihrer Ausführung gehindert werden. Daran sei in ununterbrochener Arbeit in enger Fühlung mit den wirtschaftlichen Kreisen gearbeitet worden. Daneben sei der Versuch, mit Frankreich in unmittelbaren wirtschaftlichen Verhandlungen zu kommen, fortgesetzt worden. Auch das sei ohne Erfolg geblieben. Der Grundgehalt des Vorstößes für Paris entspringe der Gewissheit, daß Frankreich zur Lösung der Reparationsfrage unmittelbar Zahlungen bedürfe und auf Zusammenarbeit der beteiligten Industriellen und Städte Wert lege. Was die erste Frage betreffe, so sei am 6. Januar der vom Bankkomitee im vorigen Jahre ausgesprochenen

Bathungsunfähigkeit des Deutschen Reichs

das einzige Attribut, was wir haben, unser Kredit, und der seit August 1919, solange die Lasten des Vertrages von Versailles unbegrenzt das deutsche Volk drücken. Damit sei zugleich der einzige äußerliche Wertmesser für unsere Zahlungsfähigkeit gegeben. Der deutsche Kredit hätte also nur bei einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage angespannt werden können. Wir hätten angeboten, daß eine feste Summe als Kautelle

aufgelegt werde, die auch, wenn sie als solche nicht realisierbar wäre, der Gerechtigkeit gegenüber als Kautelle verstanden und amortisiert werden sollte. Es sei weiter ein doppelter Versicherungsschritt hinzugefügt worden, wonach wir in bestimmten Beträgen weitere Anleihen aufzubringen bereit gewesen wären, die ebenfalls der Reparationskommission zugute kommen sollten. Die Anleihen sollten durch Garantien unserer Wirtschaft sichergestellt werden. Aber die Art der Sicherung mit dem Anleihenkonkurs zu verhandeln, sei die deutsche Industrie bereit gewesen. Außerdem sollte eine Vereinbarung mit den fremden Industrien zu gemeinsamer Korporation erfolgen.

Der Reichsminister legte dann näher dar, weshalb man diesen Plan nicht durch eine Note der Konferenz in Paris nicht mitteilen habe. Wir hätten dann habe, einen bestimmten Vertreter zum Vortrag dieser Pläne genannt; vielmehr hätten wir uns bereit erklärt, auf Anforderung

den Plan schriftlich vorzulegen und mündlich erläutern zu lassen.

Eine Antwort sei darauf nicht erfolgt. Weder sei auch kein anderer Vorschlag aus der Pariser Konferenz hervorgegangen, auch nicht der englische, den die Franzosen nicht so sehr abgelehnt hätten, weil sein finanzielles Ergebnis ihnen nicht genügt hätte, sondern vielmehr deshalb, weil offensichtlich eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich über die Methode des Vorgehens in der Reparationsfrage bestand. England wollte die Reparationsfrage mit wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln lösen, während Frankreich bestrebt ist, seine politischen und wirtschaftlichen Ziele zu verwirklichen, was ihnen wertvoller sei als jede wirtschaftliche Lösung. Damit sei

Die Tendenz der Politik Poincarés

vor allen Augen klargelegt und die letzten Zweifel daran seien wohl für jeden geschwunden, seitdem Poincaré den Friedenspakt mit dem am Rhein interessierten Ländern abgelehnt habe. Der Reichsminister betonte, daß wir diesen Friedenspakt aufrecht und ernst gemeint hätten und die Volkswirtschaft

Verfassung zu stellen und sich gegebenenfalls nach den Befehlen zu richten, die sie vom Chef der Kontrollkommission erhalten. Dieser ist berechtigt, jede beliebige Veränderung hinsichtlich der Verteilung der Brennstoffe und jegliche Umleitung der mit Brennstoffen beladenen Eisenbahnwagen und Röhre anzuordnen. Die Ingenieure und Beamten der Mission sind mit einer ihnen von den Militärbehörden besonders ausgefallenen Geschäftsanteile versehen, die ihnen als Personalausweis dienen soll.

Kontrolle der Kohlenverteilung

Am 1. Januar unterliegen die vom Kohlenindustriellen aufgestellten oder ausgeführten Verteilungspläne für Kohle und Holz der Genehmigung der industriellen Ruhrkommission, die sie, wenn sie es für notwendig erachtet, abändern kann. Diese Pläne haben insbesondere die vollständige Befriedigung der vorgesehenen Mengen für die Länder der

Entente und für die besetzten Ruhrgebiete Gebiete zu umfassen und müssen ausreichen sein, um die Bedürfnisse der neu besetzten Gebiete zu befriedigen. Unter diesen Vorbehalten änderte sich im Grundgesetz nichts an der allgemeinen, jetzt in Kraft befindlichen Verteilung der Brennstoffe. Falls Uebertretungen obiger Vorschriften seitens des Kohlenindustrials oder der Beschen festgestellt werden, oder falls die gekaufte Qualität zu wünschen übrig läßt, würden schwere Strafmaßnahmen ergriffen werden, ohne Rücksicht auf die Umleitungen im Eisenbahn- oder Wasserstraßenverkehr, welche von der industriellen Mission angeordnet werden können. Die Ingenieure der Mission werden häufige Stichproben vornehmen, um sich zu vergewissern, daß die Anordnungen des Kohlenindustrials korrekt und genau befolgt sind.

Reichsminister Dr. von Rosenberg erklärte, daß die Reichsregierung sich ihre Antwort vorbehalten, die Stimmung über eine Friedensklärung sei die höchste Garantie für alle Seiten gewesen. Der Reichsminister schloß die Verhandlungen über diesen land politischen und materiell getan habe, was in seiner Kraft stand und was mit seiner Verantwortung für die weitere Existenz unseres Volkes die kommen würden, vereinbar sei. Wir hätten materielle Angebote bis zur äußersten Grenze unserer Leistungsfähigkeit gemacht. Wir hätten uns zu letzten bereit erklärt, und wir hätten endlich das letzte getan, was ein Volk tun könnte, indem wir den Plan einer Revanche gestrichen.

So wies der Reichsminister nach, daß mit Frankreich nicht an einer Lösung des Reparationsproblems zu kommen sei. Was Frankreich wolle, befrähtigte die Nachrichten über die Truppenbewegungen, die uns die letzten Tage gebracht hätten. Diese in Szene gesetzt worden nicht einmal in äußerlicher Verbindung mit der großen Reparationsfrage, sondern mit den Holz- und Kohlenlieferungen. Diese beruhten auf besonderer Verabredung, die über sonstige Sanktionen vorhielt.

Eingehend legte der Reichsminister die Sachlage dar und kam zu dem Schluß, daß Frankreich und Belgien den Vertrag von Versailles offenkundig gebrochen hätten.

Das muß zu umso ernsteren Konsequenzen führen, als aus den französischen Aktionen gerade das Gebiet aus den Händen nehme, aus dem heraus diese Leistungen bisher gesehen seien. Mittels Gegenwehr sei dem deutschen Volk nicht möglich, aber es dürfe sich auch nicht willenlos dem Ruhereinfall beugen. Die Reichsregierung werde ihren Protest gegen den Ruhereinfall

allen Mächten mitteilen. Der Reichsminister Mayer werde angewiesen werden, Paris zu verlassen und hierher zu kommen. Das Vorkämpferpersonal werde dort bleiben. Die Beamten im besetzten Gebiet würden mit Rücksicht auf die Bevölkerung und auf die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte dort belassen werden. Was weiter zu geschehen habe, hänge von dem ab, was von der anderen Seite noch erfolgen werde. Entscheidend sei für uns alle die Haltung des Volkes in Einheit und Würde auch während der besetzten Zeit. Im Innern müssen wir allen wirtschaftlichen Gefahren entgegenstehen, die aus der Wegnahme des Herzens unserer Wirtschaft entstehen könnten. Es gelte

jede unnötige Forderung abzuwehren,

die insbesondere sich aus der wahnwitzigen Sprunghoffen Eile der fremden Währungsicherung ergeben. Trotz aller ungeheuren Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen, habe die Regierung Bemühungen hierzu eingeleitet. Verhandlungen darüber mit den Wirtschaftskreisen seien im Gange und würden in den nächsten Tagen nach der Seite der Gewerkschaften hin weitergeführt werden. Das deutsche Volk müsse sich in allen seinen Schichten, auch in denen, die bisher nicht vorbestimmt haben, zu einer einheitlichen Lebenshaltung bekennen. Zur Veranlassung dieser Frage und die gesamte Lage seien die Herren Staats- und Ministerpräsidenten der Länder für Freitag nach Berlin gebeten.

Alle Erfolge für unsere Bemühungen gegenüber dem Vertragsbruch hängen davon ab, ob wir die Kraft aufbringen, alle zusammenzufassen, das deutsche Volk, wie Staat, Wirtschaftskräfte wie politische Parteien. Das solle auch zum Ausdruck gebracht werden durch einen vom Reichspräsidenten angeordneten Anlauf des Reichspräsidenten, der dazu mahne, den nächsten Sonntag zu einem

Tage der Einheit und ersten Würdigung der Not des Vaterlandes zu gestalten. Die Regierung werde nicht ruhen, bis sie den Weg gefunden habe, durch Festhalten an der bisherigen Aktivität die Lage zu entwirren.

Der Reichsminister des Innern

Dr. von Rosenberg

erklärte Bericht über den Schritt des französischen Vorkämpfers und des belgischen Geschäftsträgers, der heute nachmittag im Auswärtigen Amt erfolgt sei. Er gab den Inhalt mündlich und schriftlich bekannt und erklärte, daß er sofort gegen die angekündigte Vertrags- und völkerrechtswidrige Aktion Protest erhoben habe.

Nach kurzer Aussprache, an der die Abg. Müller, Granitz, Graf Bernstorff, Dr. Heffter, Dr. Cohn, Koenen und Emminger teilnahmen, wurde mitgeteilt, daß das Plenum des Reichstages am Samstag einberufen werden solle. Die Reparationsleistungen würden den vertragsbrüchigen Ländern gegenüber eingestellt werden, denn, wie in der Hamburger Rede ausgeführt, habe die Pfandnahme notwendigerweise den Tod der Reparationen zur Folge, schon weil mit der Besetzung des Ruhrgebietes, der stärksten Quelle der deutschen Wirtschaftskraft, unsere Leistungskraft vollständig zusammenbrechen müsse.

Entente und für die besetzten Ruhrgebiete Gebiete zu umfassen und müssen ausreichen sein, um die Bedürfnisse der neu besetzten Gebiete zu befriedigen. Unter diesen Vorbehalten änderte sich im Grundgesetz nichts an der allgemeinen, jetzt in Kraft befindlichen Verteilung der Brennstoffe. Falls Uebertretungen obiger Vorschriften seitens des Kohlenindustrials oder der Beschen festgestellt werden, oder falls die gekaufte Qualität zu wünschen übrig läßt, würden schwere Strafmaßnahmen ergriffen werden, ohne Rücksicht auf die Umleitungen im Eisenbahn- oder Wasserstraßenverkehr, welche von der industriellen Mission angeordnet werden können. Die Ingenieure der Mission werden häufige Stichproben vornehmen, um sich zu vergewissern, daß die Anordnungen des Kohlenindustrials korrekt und genau befolgt sind.

Reichsminister Dr. von Rosenberg erklärte, daß die Reichsregierung sich ihre Antwort vorbehalten, die

daß er indessen schon jetzt gegen die angekündigte Aktion Protest erhebe, weil sie einen Bruch der Verträge und des Völkerrechts bedeuten.

Am Samstag eine Sonderkündigung des Reichstages.

In einer Sonderkündigung des Reichstages am Samstag wird der Reichspräsident eine Antwort auf die Rede Poincarés geben. Man nimmt an, daß sich die Parteien auf kurze Erklärungen beschränken werden. Die Aussprache des Auswärtigen Ausschusses hat ergeben, daß innerhalb der Parteien weitgehendste Uebereinstimmung herrscht über die Maßnahmen, die von der Regierung gegenüber dem französischen Vorkämpfer in Aussicht genommen sind. Abseits werden sich nur die Kommunisten und vorwiegend auch die Deutschsozialisten halten.

Der kommende Sonntag ein nationaler Trauertag.

Wie die Telegraphen-Agentur erfährt, steht es nunmehr fest, daß der kommende Sonntag für das ganze deutsche Reich als Trauertag wegen der Besetzung des Ruhrgebietes gelten soll. Es ist geplant, daß die politischen Parteien an diesem Tage im ganzen deutschen Reich Kundgebungen gegen das dem deutschen Reich zugefügte Unrecht veranstalten. Es wird noch darüber verhandelt, ob diese Kundgebung von allen Parteien gemeinsam oder getrennt veranstaltet werden soll. Am Samstag wird der Reichspräsident der am 2. Uhr stattfindenden Sonderkündigung des Reichstages die Auffassung der Reichsregierung darlegen. Es werden sich dann kurze Erklärungen der Parteien anschließen. Der Reichstag wird sich hierauf von neuem versammeln.

Kultusminister Boecking zum Ruhereinfall

Der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat heute an sämtliche Schulbehörden Preußens folgenden Erlaß gerichtet:

Für den Fall des Einmarsches fremder Truppen in das Ruhrgebiet sind in allen preussischen Schulen am letzten Tage dieser Woche die Schüler und Schülerinnen zusammenzurufen und auf den Ernst der Lage hinzuweisen. In dieser Stunde soll die Trauer unseres deutschen Vaterlandes über die ihm von neuem angetane Gewalt aus der unserer Jugend zum Ausdruck kommen. Diese Feier gilt dem Schmerz und der Empörung über das Unrecht, das einem entmenschten und verhassten, erschallt um die Erfüllung der ihm auferlegten Bedingungen ringenden Volkes durch die widerrechtliche Besetzung seines heiligen Heimatbodens geschieht. Sie gilt dem trauen Gedanken an die Volksgenossen im Westen, deren gekaufte Heiden unserer aller Heiden sind, und der tiefen Trauer, die unser Volk nur umso tiefer in all seinen Gliedern zusammenfassen wird. Sie gilt dem durch äußeren Zwang niemals zu erlöschenden Glauben an die Heiligkeit des Reiches und an eine helle Zukunft unseres in gemeinsamer Not umso opferfreudiger zusammenstehenden deutschen Volkes.

Bei der Ansprache an die Schüler und Schülerinnen sind dem Verständnis der Jugend entsprechend die Kundgebungen des Herrn Reichspräsidenten, sowie Reichsministers und des preussischen Ministerpräsidenten in geeigneter Weise zu verwenden. Die Trauerkundgebung ist Samstag in die dritte Unterrichtsstunde zu legen. Danach ist der Unterricht zu schließen. Wegen der Kürze der Zeit ist dieser Erlaß durch die Presse veröffentlicht worden.

Berlin, den 10. Januar 1920.
Der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung
gez. Boecking.

Eine Essener Deutschkundgebung vor der Besetzung.

zu Essen, 11. Jan. Die politischen Parteien hatten zu gestern abend zu einer Kundgebung gegen die Besetzung des Ruhrgebietes eingeladen. Die Versammlung bot ein Bild vollkommener nationaler Gesinnung. Obwohl die Versammlung erst in den Abendstunden durch Plakat der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht werden konnte, war der größte Saal der Stadt Essen — der städtische Saalbau — schon 1/4 Stunde vor Beginn vollkommen überfüllt.

Nach der feierlichen Kundgebung der Stadt Essen sind so gewaltige Menschenmengen auf den Beinen gewesen. Alle Schichten, alle Berufe waren vertreten. Der ganze Verlauf der Kundgebung war ein erhebender Beweis dafür, wie die gesamte Bevölkerung der wertvollen Stadt Essen in dieser wichtigen Frage vollkommen einig besteht und sich entschlossen ist, mit Würde zu ertragen, was nicht zu vermeiden ist. Vor dem offiziellen Beginn der Versammlung wurde aus der Mitte „Die Nacht am Rhein“ angestimmt, deren Klänge bald die tiefen Versammlung mit sich rief.

Der Leiter der Versammlung,

Schulinspektor Dr. Kellner

stellte fest, daß alle Schichten und alle Stände in dieser Frage vollkommen einig und von dem Gefühl befeuert seien, daß niemals jemand das Recht verleihe, was sie, als durch den Einmarsch der Franzosen in vollkommener Kriegsauslösung in eine wehrlose Stadt, deren Bewohner kein anderes Ziel gekannt hätten, als in Ruhe und Frieden ihrer Arbeit nachzugehen und ihre schwere Pflicht im Interesse der Erhaltung der deutschen Wirtschaft zu erfüllen.

Der Sprechner war

Reichsminister a. D. Wolf.

Er wies an Hand der einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages die Verantwortlichkeit des Vorkämpfers nach. Er unterließ die Ausführungen des Reichsministers des Innern von Rosenberg und ergänzte sie in einigen Punkten. So wies er darauf hin, daß nach den Bestimmungen des Fried-

ensvertrages und abgelehnt, daß gehen der übergen a Stunde a Ausführu beleuchtete reichs, da Gewaltma erinnerte rung Poi als Frem genüber a weniger eilungen auf Kofien abföhrte ungeheures, in der gehen dem aufbau be

Es wurde
„Der Reichsminister“
hergen
versteht
sich an
Paterlan
lauten K
wahrhaft
kennen
Wollt un
Reichsmi
lung behu
begrußt w
falls der
die Stadt
Die Vite
Landlieb
das Land
machen k
Da viel
Saal des
in den H
statt, die
demselben
war.

Die A
Wie au
Ausschu
in das G

Der De
selbst Sch
bikares v
kanten Br
der Anst
Schwierig
leicht dar
Kofien au
Gebiet ab
rückführe
lung sein
Tofie mül
deutsche
Gebiet sei
das erste
Reaktion
werde.

Ein Auf

Der De
Mitglid
Frankrei
einmarfch
Mist für
terrecht

Es ist
Frankrei
aufbau Cu
die Herr

Die Meir
Politik be
des deut
Wir De
entgegen
Anföhrer
durch frem
das Bos u

Die Aus
Bertrüm
zung aller
das Ziel d
Der G
eine Etapp
mehr leben

Es wird
Bajonetten
ropas zu
das deut
ganze We
die Fran
Es beba
Widerka
französi
Bald ton
Frankre
chen bring
greift in
machlos, a
nicht um
wollen Neu

Der F

richtete na
regierung:

Wir er
tätige H
joien. G
lahngeleg
gierungs
allen im
Voll von
dem Joch

Die Führ

Nach ein
tes wolle
Einmarf
rückziehen.

Zu bentige Nummer umicht 6 Seiten.

